



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

RENTEN IM OSTEN RUTSCHEN UNTER DIE GRUNDSICHERUNG

18.03.2010 Fachinformation

Die Renten in Ostdeutschland werden künftig zum Teil deutlich sinken. Dies ist eines der zentralen Ergebnisse einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Für einen Großteil derjenigen, die ab Ende der 2020er in Rente gehen, wird die gesetzliche Rente sogar nahe oder unter der Grundsicherung von 600 Euro liegen. Hauptgrund ist die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland in Kombination mit der Absenkung des Rentenniveaus. Für Westdeutschland ist dagegen mit relativ stabilen Rentenzahlungen zu erwarten. Das DIW Berlin hatte im Rahmen eines von der Deutschen Rentenversicherung geförderten Forschungsprojekts errechnet, wie sich die Rentenreformen sowie die Entwicklung am Arbeitsmarkt in Ost und West auf die zu erwartenden Rentenzahlungen auswirken. Die Ergebnisse zeigen: Vor allem in Ostdeutschland ist mit sinkenden Renten zu rechnen. Vor allem für gering Qualifizierte wird es in Zukunft sehr viel schwieriger, das bisherige Rentenniveau zu erreichen. Rentenzahlungen unterhalb der GrundsicherungDie älteren ostdeutschen Jahrgänge können heute im Mittel noch 900 bis 1.000 Euro Rente erwarten. Für die jüngeren Jahrgänge, die zwischen 1962 und 1971 geboren wurden, werden die Renten mit rund 600 Euro im Bereich der Grundsicherung liegen. Bei den Frauen steigen die Renten bis zu den Jahrgängen 1947 bis 1951 an. Bei den darauf folgenden Jahrgängen fallen die Renten von einem Niveau von rund 800 Euro bis unter 500 Euro bei den jüngsten Jahrgängen. Die hohe Langzeitarbeitslosigkeit in Ostdeutschland hat ihren Preis. Die Ursachen für diese Entwicklung hängen unmittelbar mit der Situation am Arbeitsmarkt zusammen: Seit Beginn der 90er Jahre schnellte die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland nach oben und verharrt seitdem auf deutlich höherem Niveau als im Westen. Hinzukommt der Trend zu mehr Teilzeitbeschäftigung und Minijobs vor allem Frauen bei Frauen. "Geringqualifizierte können bisheriges Rentenniveau kaum noch erreichen". Im Durchschnitt aller Altersgruppen steigt das Risiko arbeitslos zu werden erheblich je nach dem Bildungsgrad – und je länger im Laufe eines Erwerbslebens die Zeiten von Arbeitslosigkeit sind, desto geringer fallen die Rentenzahlungen aus. So liegt für die Gruppe der von 1967 bis 1971 geborenen westdeutschen Frauen mit höherer Bildung die im Laufe des Erwerbslebens zu erwartende Arbeitslosigkeit bei 1,0 Jahren. Derselbe Wert klettert hingegen für ostdeutsche Frauen mit geringer Bildung auf 13,3 Jahre. Bei der Rentenhöhe schlägt dies voll durch. Während westdeutsche Männer im Schnitt mit relativ stabilen Renten rechnen können, gilt dies nicht für die Geringqualifizierten. Hier rutscht der durchschnittliche Rentenzahlungsbetrag von 810 Euro für die älteste Altersgruppe (1937 bis 41 geboren) auf 690 Euro für die jüngste Gruppe (1967 bis 71 geboren) stark ab. Ostdeutsche Rentner können nicht auf die Rente des Partners setzen. Die gesetzliche Rente ist zwar für die meisten Menschen die wichtigste Form der Altersvorsorge, aber häufig nicht die einzige. So können Betriebsrenten, Erbschaften oder Immobilienvermögen, Einkünfte des Partners oder auch die Riester-Rente das Einkommen im Alter aufstocken. Auch hier weist die Studie auf deutliche Unterschiede zwischen Ost und West hin: Während in Westdeutschland die niedrigen Renten von Frauen häufig durch höhere Renten des Mannes ausgeglichen werden können, entfällt dieser Effekt in Ostdeutschland.

<https://bbu.de/beitraege/renten-im-osten-rutschen-unter-die-grundsicherung>